

**GRÜNE Schweiz**

Miro Poffa
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch
031 326 66 12

Eidgenössisches Department für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per Mail an: ecco@gs-uvek.admin.ch

Bern, 19. März 2026

Änderung der Klimaschutz-Verordnung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN setzen sich für eine zügige und wirksamen Umsetzung des Klima- und Innovationsgesetzes (KIG) ein. Der vorliegende Entwurf wird dem Anspruch der Vorbildfunktion des Bundes jedoch in keiner Weise gerecht und muss in zentralen Punkten überarbeitet werden.

Inakzeptable Verzögerung untergräbt Klimaziele und Willen der Stimmbevölkerung

Mit grösstem Befremden stellen wir fest, dass die Verordnung mit mehr als einem Jahr Verspätung in die Vernehmlassung geschickt wird. Dieser Verzug ist inakzeptabel. Er missachtet nicht nur den klar geäusserten Willen der Stimmbevölkerung aus der Annahme des Klimaschutzgesetzes im Juni 2023, sondern schafft auch Planungsunsicherheit für innovative Unternehmen, die bereits auf Klimakurs sind. Vor allem aber verlieren wir wertvolle Zeit, die zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2040 fehlen wird. Eine Vorbildfunktion, die derart verspätet wahrgenommen wird, verfehlt ihre Wirkung.

Unzulässige Ausnahmeregelungen höhlen die Vorbildfunktion aus

Das KIG definiert klar, dass Ausnahmen einzig zum Schutz des Landes und der Bevölkerung zulässig sind. Der Verordnungsentwurf ignoriert diese Vorgabe und schafft ungerechtfertigte Ausnahmeregelungen, welche die Ambitionen des Gesetzes unterlaufen. Besonders zu korrigieren sind die subventionierten Tätigkeiten: Dass die Emissionen aus subventionierten Tätigkeiten ausgenommen werden sollen, ist nicht akzeptabel. Gerade hier verfügt der Bund über den grössten Hebel, um die Treibhausgasemissionen zu steuern und Anreize für

klimaverträgliches Handeln zu setzen. Auf diesen Hebel zu verzichten, steht im klaren Widerspruch zu den Zielen des KIG.

Vage Formulierungen statt konkreter Massnahmen und Ziele

Der Entwurf bleibt bei allgemeinen Absichtserklärungen stehen, anstatt griffige Massnahmen vorzuschlagen. Um die Klimaziele zu erreichen sind jedoch mindestens zwei Ergänzungen zwingend auf Verordnungsstufe zu verankern:

1. **Verbindliche Zwischenziele:** Der Weg zu Nett-Null 2040 soll mit konkreten Etappenzielen versehen werden. Wir fordern dafür eine verbindliche Reduktion der Emissionen um mindestens 80 % bis 2030 und 90 % bis 2035 im Vergleich zu 1990. Nur so kann der Fortschritt überprüft und bei Bedarf rechtzeitig nachgesteuert werden.
2. **Konkrete Massnahmen:** Die Verordnung soll klare Mindestmassnahmen festlegen. Dazu gehören beispielsweise ein grundsätzlicher Ausschluss von Neuinvestitionen in Anlagen, die fossile Brennstoffe nutzen, sowie ein Aufbau einer Beschaffungsplattform für klimaneutrale Produkte, um die enorme Marktmacht der öffentlichen Hand zu nutzen.

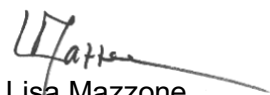
Glaubwürdigkeit des Bundes erfordert die Berücksichtigung aller Emissionen

Die Vorbildfunktion des Bundes ist nur dann glaubwürdig, wenn sie umfassend wahrgenommen wird. Es ist daher entscheidend, dass die vor- und nachgelagerten Emissionen (Scope 3) vollständig berücksichtigt werden. Dies schliesst explizit auch die Emissionen der Finanzflüsse mit ein. Unternehmen, an denen Bund und/oder Kantone beteiligt sind müssen in die Pflicht genommen werden, ihre Investitionen und Finanzierungen klimaverträglich auszurichten.

Die GRÜNEN lehnen beurteilen den vorliegenden Entwurf als zu unambitiös und zu vage, der gleichzeitig zu viele Ausnahmen ermöglicht. Wir erwarten, dass der Bundesrat die genannten Punkte korrigiert und eine Verordnung schafft, die tatsächlich seiner Vorbildfunktion gerecht wird und einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Miro Poffa
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr